Civaka Azad Infoblätter
Schwerpunkt: Westkurdistan (Nordsyrien)
Ausgabe 2 / Januar 2013

Von der Verleugnung zur Revolution

Die freiheitliche Zukunftsperspektive in Westkurdistan

Die KurdInnen aus Syrien und Westkurdistan standen lange Zeit im Schatten der Öffentlichkeit. Wenn man Informationen über Kurdistan suchte, fand man sie vor allem zu den anderen Teilen Kurdistans. Das lag sicherlich nicht daran, dass es den KurdInnen aus Rojava (deutsch: Westen; gemeint ist Westkurdistan) sonderlich besser ging als den KurdInnen aus den anderen Teilen. Der Grund dürfte eher darin gelegen haben, dass sowohl die Bevölkerungszahl als auch die Fläche Westkurdistans im Vergleich zu den anderen Teilen recht klein sind.



„Der Marsch in Richtung Freiheit" - Seit Ausbruch der Aufstände finden unter diesem Motto regelmäßig Demonstrationen in Westkurdistan statt

Doch nach Beginn der Aufstände in Syrien und dem Ausbruch der Revolution in Westkurdistan hat sich diese Situation schlagartig geändert. Nun blicken auf einmal die Menschen aus ganz Kurdistan und darüber hinaus gespannt auf die Entwicklungen dort. Gerade das kleine Westkurdistan könnte nun zum Vorbild und Wegweiser für eine politische Lösung der kurdischen Frage in Nord- (Osttürkei) und Ostkurdistan (Nordwestiran) werden. Aber für die westkurdische Bevölkerung war es ein schwieriger Weg bis zum heutigen Zustand. Ein Weg, der stets begleitet war von Unterdrückung und Assimilation, Folter und Massakern. Wir wollen deshalb zunächst einen kurzen Blick auf die Situation der KurdInnen in Westkurdistan und Syrien vor dem Ausbruch der Revolution werfen.

Von der kurdischen Berliner Mauer und dem Arabischen Gürtel

Mit dem Vertrag von Lausanne im Juni 1923 wird Kurdistan in vier Teile geteilt. Das war das zweite traumatische Ereignis in der kurdischen Geschichte nach dem Vertrag von Qasr-e Shirin (Iran) aus dem Jahr 1639, nach dem die KurdInnen zwischen dem Reich der Safawiden und dem der Osmanen zweigeteilt worden waren. Die Grenzziehung von 1639 zwischen dem Iran und der Türkei behielt auch mit dem Vertrag von Lausanne ihre Gültigkeit. Mit Lausanne entstanden allerdings zusätzlich noch der Irak und Syrien, auf die ebenfalls Teile Kurdistans fielen. Wie willkürlich vor allem die Grenze zwischen der Türkei und Syrien gezogen wurde, beweist das Beispiel der Städte Qamişlo (Al-Qamishli) und Nisêbîn (Nusaybin). Waren diese beiden Städte zuvor eins, fiel Qamişlo mit der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne fortan auf syrisches Staatsgebiet und Nisêbîn gehörte zum Staatsterritorium der Republik Türkei. Viele Familien wurden durch diese Grenzziehung getrennt und bis heute wird ihnen nur zu besonderen Anlässen die Möglichkeit gegeben, ihre Familienmitglieder auf der anderen Seite der Grenze zu besuchen. Mit einer Art Galgenhumor sprechen die KurdInnen deshalb bei der Grenze zwischen Qamişlo und Nisêbîn auch von der kurdischen Berliner Mauer.

Mit der Umsetzung des Vertrags von Lausanne lebten nun rund drei Millionen KurdInnen innerhalb der Grenzen des neuentstandenen syrischen Staates. Waren sie bereits

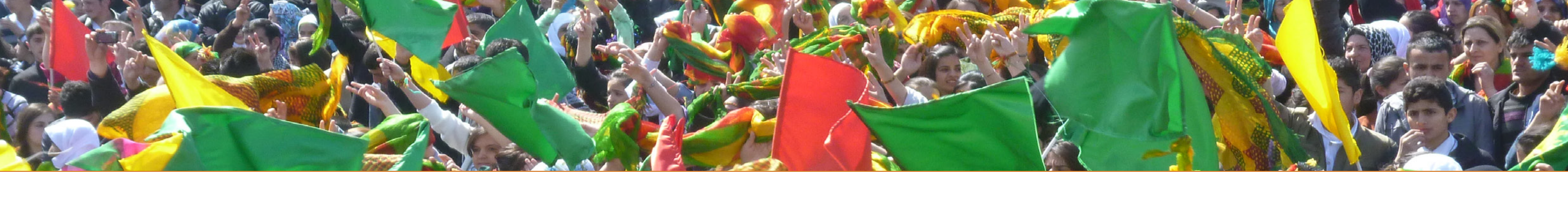
Editorial

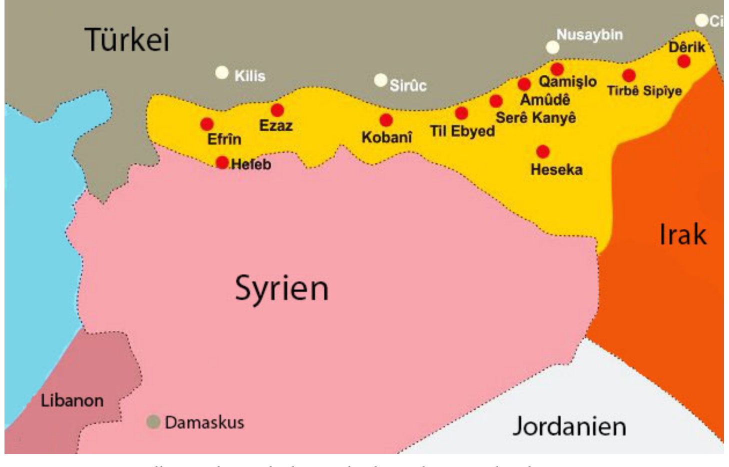
Liebe LeserInnen,

mit unserer zweiten Ausgabe der Civaka Azad Infoblätter wollen wir euch die Entwicklungen in Westkurdistan (Nordsyrien) näherbringen. Denn während im Rest von Syrien weiterhin ein Bürgerkrieg anhält, bei dem die Fronten mittlerweile nur noch schwer zu trennen sind, ereignet sich in Westkurdistan eine Revolution, die auf einen wirklichen Frühling der Völker in der Region Hoffnung gibt. Wir wollen uns unter anderem anschauen, welche Ziele die kurdische Bevölkerung in Syrien anstrebt und wie sie diese umsetzt, welchen Mächten die Revolution ein Dorn im Auge ist, und welche Beziehungen die KurdInnen zu der übrigen Opposition in Syrien pflegen.
Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

Inhaltsverzeichnis

Von der Verleugnung zur Revolution..........1
Die neue kurdische Einheit..........................5
Der dritte Weg führt zur Demokratie..........7
Selbstverwaltung jenseits vom Staat...........12
Die Frauen als treibende Kraft der Revolution 14





Gelb unterlegte Fläche macht das Gebiet Westkurdistans aus

mit der Gründung Syriens einer Verleugnungs- und Assimilationspolitik ausgesetzt, verschärfte sich die Situation mit der Machtübernahme des Baath-Regimes im Jahre 1963 nochmals drastisch. Die KurdInnen wurden von den neuen Machthabern in Damaskus als Gefahrenpotential betrachtet, das es zu beseitigen galt. So erarbeitete das Regime einen umfassenden 12-Punkte-Plan, mit dem gegen die kurdische Bevölkerung vorgegangen werden sollte. Einen bedeutenden Teil dieses Plans machte der sogenannte Arabische Gürtel, ein umfassender Deportationsplan, aus. Ziel dieses Arabischen Gürtels war es, zwischen allen kurdischen Dörfern jeweils zwei arabische anzusiedeln. Mit materiellen Anreizen sollten AraberInnen aus den anderen Teilen Syriens in den Norden nach Westkurdistan umgesiedelt werden. Diejenigen AraberInnen, die diesem Plan folgten und bis heute in den kurdischen Gebieten Syriens leben, werden unter den KurdInnen als Mexmûrî-AraberInnen bezeichnet. Die KurdInnen, die durch die Ansiedlung der AraberInnen ihr Land verloren, sollten ins Landesinnere Syriens umgesiedelt werden. Mit der Umsetzung dieses Plans sah das Regime eine umfassende Assimilierung der KurdInnen vor. Es gelang ihm allerdings nicht zur Gänze und der Arabische Gürtel scheiterte.

Doch damit ließen die Machthaber aus Damaskus nicht von den KurdInnen ab. Kurdische Publikationen und der öffentliche Gebrauch der kurdischen Sprache wurden in Syrien verboten, kurdische Ortschaften bekamen arabische Namen. Zudem wurde insgesamt 300.000 KurdInnen die Staatsbürgerschaft aberkannt, wodurch sie grundlegende BürgerInnenrechte verloren. Davon waren vor allem politisch aktive KurdInnen betroffen. Das Regime griff neben diesen Mitteln des kulturellen Genozids auch immer wieder zum Mittel des physischen Genozids und verübte zahlreiche Massaker. Das letzte große Blutbad aus dem Frühjahr 2004 in Qamişlo stellte allerdings einen Wendepunkt für die Kurdinnen und Kurden aus der Region dar. Auf seine Gründe und seinen Verlauf komme ich gleich noch einmal zurück, doch auf seine Auswirkungen will ich an dieser Stelle eingehen. Nach dem Massaker in Qamişlo befanden sich die KurdInnen in Westkurdistan über zehn Tage lang im Aufstand. Anschließend zog die kurdische Bevölkerungsgruppe für sich einen Schluss, dessen Auswirkungen wir in den heutigen Tagen in Westkurdistan erleben: sich in ihrer gesamten Breite zu organisieren. Inspiriert von den Ideen der kurdischen Freiheitsbewegungen unter der Führung der PKK und ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalans, der sich selber für fast 20 Jahre in Syrien aufhielt, breitete sich die Organisierung des Volkes in ganz Westkurdistan, aber auch unter den großen kurdischen Gemeinden in Damaskus und Aleppo, fortwährend aus. Diese Organisierung sollte den Schutz der Bevölkerung gewährleisten und der Gefahr vorbeugen, dass Massaker wie in Qamişlo sich wiederholen. Was sie damals allerdings noch nicht wussten, ist, dass damit auch der Samen für die heutige Revolution in Qamişlo und Westkurdistan gesät wurde.

Doch schauen wir uns genauer an, was dieser Tage in westkurdischen Städten wie Kobanî (Ain al-Arab), Dêrik (Al-Malikiya), Qamişlo und Amudê vonstattengeht. Sie stehen exemplarisch für die Entwicklungen in ganz Westkurdistan.

Kobanî: die Stadt, in der alles begann

Es ist die Nacht vom 18. auf den 19. Juli 2012. Die Menschen aus Kobanî sind konspirativ in einer Moschee zu einer Volksversammlung zusammengekommen. Der Beschluss wird getroffen: Die Revolution muss losgehen!

Die bewaffneten Verteidigungskomitees, die später Teil der Volksverteidigungseinheiten YPG werden sollen, kontrollieren die Hauptzufahrtsstraßen nach Kobanî und die restliche Bevölkerung belagert in einer organisierten Aktion die staatlichen Institutionen und den Militärstützpunkt der Assad-Armee. Eine kurze Verhandlung mit den Verantwortlichen der Kaserne reicht aus und sie sehen ein, dass ihnen nichts übrig bleibt, als die Waffen zu strecken. Die Soldaten aus der Kaserne kehren nach dieser Nacht zum Teil in ihre Heimatstädte zurück oder nehmen dankend das Angebot der Bevölkerung von Kobanî an und entscheiden sich, als Zivilisten in der Stadt zu leben. Ohne dass auch nur eine Kugel verschossen werden muss, nimmt die Revolution in jener Sommernacht ihren Anfang und soll sich in den kommenden Tagen auf andere Städte ausweiten.

Zweite Station der Revolution: Dêrik

Einen Tag nach dem Ausbruch der Revolution in Kobanî beschließt die Bevölkerung von Dêrik, dass ihre Stadt die zweite Station der Revolution von Westkurdistan sein soll. Auch hier hat die kurdische Bevölkerung bereits Mo-



nate vorher begonnen, sich selbst zu organisieren. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sie für ihre mühselige Organisierungsarbeit belohnt werden sollen. Nach eigenen Angaben kontrollieren die Volksräte von Dêrik nun 95 % der Stadt. Die einzige noch von staatlicher Seite erbrachte Dienstleistung ist der Gas- und Erdöltransfer.

In Dêrik leben rund 80.000 Menschen, ein Großteil von ihnen kurdischer Herkunft, allerdings auch ChristInnen, die 15 % der Bevölkerung ausmachen, und rund 4000 AraberInnen, die im Zuge der Politik des Arabischen Gürtels in Dêrik angesiedelt worden sind. Das Baath-Regime wollte Dêrik ursprünglich völlig arabisieren, weil die Stadt reich an Erdöl- und -gasquellen ist. Rund 75 % des syrischen Erdöls soll aus der Region um Dêrik stammen. Doch die meisten Erdölquellen in Westkurdistan liegen zurzeit brach. Vor Beginn der Aufstände in Westkurdistan waren es vor allem ausländische Unternehmen, die in der Region das Öl förderten. Sie haben sich allerdings nach Ausbruch der ersten Gefechte zurückgezogen. Die Bevölkerung aus Westkurdistan war ohnehin mit diesen ausländischen Unternehmen nicht glücklich. Vor allem in den letzten drei bis vier Jahren sei unter der Bevölkerung, die in der Nähe der Ölquellen lebt, die Krebsrate deutlich gestiegen. Die Menschen vermuten einen Zusammenhang mit den Verarbeitungstechniken der Erdölunternehmen.

„Auch mit diesen Problemen muss sich der Volksrat beschäftigen", so Haci Çeto. Er ist einer von zwei SprecherInnen des Volksrates von Dêrik. Mit Ausbruch der Revolution hat dieser nun die Leitungsfunktionen in der Stadt übernommen. Aktuell sind 111 Menschen im Volksrat, darunter auch AraberInnen und ChristInnen. Während die christliche Bevölkerung mit dem Aufbau der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan sympathisiert, sind viele AraberInnen noch sehr skeptisch. Çeto erklärt, dass dies vor allem auf die AraberInnen zutreffe, die das Baath-Regime in Westkurdistan angesiedelt hatte. Diese sogenannten Mexmûrî-AraberInnen seien Assad-Anhänger. Doch Çeto ist guter Dinge, dass mit ausgezeichneter Arbeit des Volksrates selbst diese überzeugt werden könnten. „Und bei den nächsten Wahlen zum Volksrat werden dann sicherlich auch noch mehr AraberInnen und ChristInnen gewählt", so Çeto.

Der Erfolg der Revolution entscheidet sich in Qamişlo

Als die Revolution in Kobanî und Dêrik ihren Lauf nahm, blickten viele gespannt auf Qamişlo. Denn zum einen ist Qamişlo mit über 500.000 EinwohnerInnen die größte Stadt Westkurdistans und zum anderen liegt es direkt an der Grenze zur Türkei. Beides verleiht der Stadt einen ganz besonderen Charakter, so dass es vermutlich nicht übertrieben ist zu behaupten, dass die Revolution in Westkurdistan mit Qamişlo steht und fällt.

Dementsprechend versucht das Volk in Qamişlo seine Schritte wohlüberlegt zu setzen. Bisher hat es die staatlichen Institutionen nicht wie in den anderen Städten Westkurdistans eingenommen. Auf die Frage, weshalb nicht, antwortet Remziye Mihemed, Sprecherin des Volksrates von Qamişlo: „Am 12. März 2004 wurde in Qamişlo ein Massaker verübt. Mit dem wollte das Regime, dass sich die verschiedenen Volksgruppen hier in der Stadt gegenseitig bekämpfen. Damals hat das zum Glück nicht funktioniert. Aber wir befürchten, dass das Regime das nun nochmals versuchen könnte. Deshalb wollen wir keine übereilten Schritte tun und den ganzen Prozess ein wenig in die Länge ziehen."

Auch wenn der Großteil der Bevölkerung von Qamişlo kurdischer Herkunft ist, so leben sie gemeinsam mit AraberInnen, ArmenierInnen, ChaldäerInnen und AssyrerInnen in der Stadt. Beim Qamişlo-Massaker 2004 hatte das Regime versucht, die arabische Bevölkerung der Stadt gegen die kurdische aufzuhetzen. Ausgangspunkt des Massakers war ein Fußballspiel am 11. März 2004 zwischen einer arabischen und einer kurdischen Mannschaft in der Stadt. Während die kurdischen Fans von den Sicherheitskräften vor dem Stadioneingang gefilzt und kontrolliert wurden, konnten die Fans der arabischen Mannschaft problemlos Messer, Schlagstöcke und andere Waffen ins Stadion bringen. Während des Spiels skandierte ein Teil der arabischen Fans Parolen wie „Lang lebe Saddam" oder „Euch erwartet ein zweites Halabja". Als ein Poster Saddam Husseins im Stadion entrollt wurde, kam es schließlich zu Auseinandersetzungen zwischen den Fangruppen. Die Polizei hatte sich zwischenzeitlich vor das Stadion zurückgezogen. Als die Ausschreitungen sich aber auch außerhalb des Stadions ausweiteten, griff sie ein. Sie schlichtete nicht, sie sollte auch nicht schlichten. Sie schoss auf die kurdischen Fans und tötete dadurch insgesamt acht KurdInnen.



Remziye Mihemed ist die Sprecherin des Volksrates von Qamişlo

Wie Mihemed bereits zum Ausdruck brachte, war das Massaker von Qamişlo ein Versuch des Regimes, die KurdInnen und AraberInnen aufeinanderzuhetzen. Hätten die KurdInnen nun ihrerseits Vergeltung geübt, hätte dies dem Regime Anlass gegeben, erneut gegen die kurdische Bevölkerung



vorzugehen. Doch sie zogen eine andere Konsequenz aus diesem Massaker und fingen an, sich besser zu organisieren. Dadurch ließen sie nicht nur den Plan des Baath-Regimes ins Leere laufen, sie legten zugleich das Fundament für die Revolution in Westkurdistan.

Remziye Mihemed ist davon überzeugt, dass die Demokratische Autonomie die beste Lösung für eine Stadt wie Qamişlo ist. Denn nur dadurch kann ein demokratisches und friedliches Zusammenleben aller gewährleistet werden. Und bereits jetzt sind VertreterInnen aller Gruppen im Volksrat von Qamişlo vertreten. Der Volksrat besteht aus annähernd 300 Mitgliedern, die in verschiedenen Kommissionen sich um die verschiedensten Belange des sozialen und politischen Lebens kümmern sollen. Zudem gibt es gegenwärtig in zwei Stadtteilen Qamişlos Volkshäuser, in vier weiteren sind sie in Planung. Diese Volkshäuser sind Anlaufstellen für die Bevölkerung bei Problemen und Anregungen. Perspektivisch soll in jedem Stadtteil zusätzlich ein Stadtteilrat entstehen, in dem die dort ansässige Bevölkerung organisiert sein soll, um ihre Probleme vor Ort selbst zu lösen.

Auch wenn die staatlichen Institutionen in Qamişlo nicht durch die Bevölkerung eingenommen worden sind, sollen sie mit der Organisierung der Menschen Schritt für Schritt überflüssig gemacht werden. Das ist das Ziel der Volkshäuser und der Rätestrukturen.

Der Widerstandsgeist von Amûde hält an

Der Bezirk Amûde ist sehr ländlich geprägt. Im Stadtzentrum leben zwar nur rund 60.000 Menschen, doch mit den Menschen aus den zu Amûde zählenden 156 Dörfern sind es annähernd 200.000 EinwohnerInnen. Und die sind seit jeher für ihren Widerstandsgeist bekannt, weshalb sie auch schon immer ein Dorn im Auge der Machthaber waren. Am 13. November 1960 wollten die Herrscher Syriens diesen Widerstandsgeist mit einem grausamen Massaker brechen. Rund 300 GrundschülerInnen aus der Stadt wurden zu einer Filmvorführung ins Kino eingeladen. Währenddessen wurde das Kino in Brand gesetzt und alle Kinder verbrannten auf fürchterliche Weise. Dieses Massaker hat sich in das kollektive Gedächtnis der Menschen aus Amûde eingebrannt, doch sie haben ihren Widerstandsgeist dadurch dennoch nicht verloren. Bis vor zwei Jahren waren den Menschen der Stadt durch das Regime gar Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Massakers verboten. Doch nun hat sich in Amûde einiges verändert.

Wie stark der Widerstandsgeist von Amûde ist, zeigt sich an der Geschwindigkeit seiner Selbstorganisierung: Mitte Mai 2012 organisierte sich dort der Volksrat und wählte seine Delegierten, die seitdem für die Leitung der Stadt verantwortlich sind. Staatliche Stellen haben völlig ihre Funktion verloren. Selbst die Treibstoff- und Gasversorgung, bisher ein absolutes staatliches Monopol, ist vom Volksrat übernommen worden. Neben dem Volksrat hat die Bevölkerung ein Volkshaus, ein Frauenzentrum, zwei Sprachzentren, ein Kulturzentrum und ein Jugendzentrum eingerichtet.

Besonders großes Interesse weckt das Frauenzentrum von Amûde. Jeden Tag wird es von Dutzenden Frauen besucht, die ihre Anliegen und Sorgen mit anderen Frauen teilen wollen. Sie haben selbst auf einer Konferenz die dringende Notwendigkeit zur Errichtung eines solchen Zentrums festgestellt. Seit dessen Eröffnung im Juli dieses Jahres verfügt es neben seinem Beratungsangebot zusätzlich über ein vielseitiges Bildungsangebot, das von Alphabetisierungskursen bis zur ideologischen Auseinandersetzung mit der Geschlechterfrage reicht. „Wir lehnen die Rolle, die das System der Frau zuschreiben will, ab. Der Grund, weshalb die Frauen heute so sehr ihrer eigentlichen Identität entfremdet sind, liegt auch darin, dass sie ausschließlich die Bildung des Systems ‚genießen' konnten. Wir wollen hier ein neues Bildungssystem aufbauen, das dazu beiträgt, dass die Frauen wieder zu ihrer eigentlichen Identität finden", erklärt Evin Xalid, eine der Verantwortlichen des Frauenzentrums von Amûde.

Die stärkste Waffe: den Aufbau der Demokratischen Autonomie fortsetzen

Die Revolution in Westkurdistan ist ein Lichtblick in der aktuellen Chaossituation im Nahen und Mittleren Osten. Die Erfahrungen einer kommunalen Selbstverwaltung sind sehr wertvoll für die Menschen in der Region. Zugleich erscheint die Demokratische Autonomie gegenwärtig auch als einzige Lösungsperspektive für ein friedliches und demokratisches Miteinander der verschiedenen Kulturen der Region. Doch das Modell hat auch seine Feinde, und das sind vor allem die regionalen Machthaber, die mit der Umsetzung der Demokratischen Autonomie eben um ihre Macht fürchten müssen. Zu den Feinden gehören auch die islamistischen Kräfte, die gefördert und ausgestattet von der Türkei und den arabischen Staaten in großer Anzahl nach Syrien strömen, um dort ihren Dschihad zu führen. In Aleppo und Serê Kaniyê kam es bereits mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen dieser Gruppen mit den kurdischen Volksverteidigungseinheiten der YPG. Aber auch die VertreterInnen des internationalen Kapitals haben ihre Probleme mit den fortschrittlichen Lösungsperspektiven der kurdischen Freiheitsbewegung, weil sie wissen, dass sie bei deren Realisierung nicht mehr so problemlos wie bisher die Region und ihre Reichtümer ausbeuten können. Es wird für die Menschen in Westkurdistan und in der gesamten Region also nicht einfach, die Revolution gegen all ihre Feinde zu verteidigen. Das beste Mittel für sie wird es sein, den Aufbauprozess einfach unaufhörlich fortzusetzen. Und daran arbeiten sie Tag und Nacht.



Die neue kurdische Einheit

Die politische Landschaft in Westkurdistan

Die derzeitige politische Landschaft in Syrien ist breit gefächert. Ihr Ausmaß übersteigt bei weitem die Konstellation der beiden Lager des Assad-Regimes und der oppositionellen Freien Syrischen Armee (FSA), wie dies die westlichen Mainstream-Medien gern darstellen. Zumal allein unter dem Zeichen der FSA über 200 unterschiedliche Gruppierungen mit zum Teil äußerst gegensätzlichen Zielen agieren. Daher wäre es ein Fehler, die FSA als ein homogenes und zentral strukturiertes Gefüge zu betrachten. Außerdem dürfen die unzähligen aus dem benachbarten Ausland in Syrien eindringenden Gruppierungen nicht außer Betracht gelassen werden. Dabei handelt es sich überwiegend um salafistische oder dschihadistische Gruppen, die in Syrien einen Gottesstaat zu errichten trachten. Unter ihnen verfügt die Al-Nusra-Front über den größten Einfluss. Ihre Mitglieder traten außer in den strategisch bedeutenden Regionen um Damaskus, Hama, Homs und Heleb (Aleppo) in den kurdischen Gebieten Syriens in Erscheinung. Sowohl finanziell als auch mit Waffen ausgestattet durch die Türkei versuchten diese Gruppen zwei Mal in die westkurdischen Städte einzudringen. Beide Male wurden sie von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) wieder vertrieben. Die YPG hatten sich kurz nach Beginn der Aufstände in Syrien gebildet und sorgen seitdem für die militärische Sicherheit in Westkurdistan. Dort liegt die Administration mittlerweile in fast allen kurdischen Provinzen und Distrikten in Form neugebildeter Volksräte in den Händen der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM – Tevgera Demokratîk). Im TEV-DEM sind neben den Volksräten, ebenfalls zahlreiche Zivilgesellschaftliche Organisationen organisiert, die sich um die Belange der Bevölkerung kümmern.



Kontrollcheckpoint der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) in Kobanî

Der Kurdische Hohe Rat

Die TEV-DEM gehört dem Kurdischen Hohen Rat an, der als Zusammenschluss fast sämtlicher Parteien in Westkurdistan am 12. Juli 2011 im südkurdischen Hewlêr (Arbil) gegründet wurde. In ihm sitzen neben fünf TEV-DEM-Mitgliedern zudem fünf Repräsentanten des Kurdischen Nationalrats in Syrien (ENKS – Encûmana Niştimanî ya Kurdî li Sûriyê). Dieser wurde am 26. Oktober 2011 in Hewlêr (Arbil) gegründet. Insgesamt 16 Parteien vereint er unter seinem Dach. Als bekannteste und größte unter ihnen ist die Demokratische Partei Kurdistan-Syrien (KDPS) zu nennen. Ihr Generalsekretär Abdul Hakim Bashar ist ebenso Vorsitzender des Kurdischen Nationalrats. Sie ging aus der KDP im Irak hervor und pflegt bis heute gute Beziehungen zu dieser. Allerdings gilt es zu betonen, dass die KDPS stark an ihrem alten Einfluss verloren hat. Symptomatisch dafür dürfte die Zersplitterung innerhalb der Partei gelten, die in den letzten Jahren vermehrt zum Vorschein getreten ist und zur Gründung von weiteren drei Ablegern der KDPS führte. Hier gilt ebenso noch hervorzuheben, dass neben den vier Parteien, die unter dem Namen KDPS bzw. Al-Partî (Die Partei) agieren, elf der



Logo des Kurdischen Hohen Rates



insgesamt siebzehn westkurdischen Parteien aus der KDPS hervorgegangen sind. In der Einheitspartei (Yekitî) schlossen sich demgegenüber drei Parteien zusammen. Angeführt wird sie von Ismail Hamo, der neben Abdul Hakim Bashar zu einem der Hauptprotagonisten im Kurdischen Nationalrat gehört. Außerdem verfügt Mustafa Oso, der die Azadî-Partei (Freiheitspartei) anführt, über einen gewissen Einfluss im ENKS. Diese reiht sich ebenfalls in die Reihe der Organisationen ein, deren Geschichte von diversen Spaltungen und Zusammenschlüssen geprägt ist. Folglich sollte die von Mustafa Oso angeführte Azadî-Partei nicht mit der von Mustafa Cuma geführten Azadî-Partei verwechselt werden. Letztere verfügt nur über eher mäßigen Einfluss in gewissen Gegenden in Westkurdistan und machte in der letzten Zeit durch ihre Verwicklung in Angriffe der islamistischen Selahaddin-Eyyubi-Brigade auf die kurdische Zivilbevölkerung von sich reden.

Volksräte Westkurdistans

Die über 300 Delegierte umfassende interkonfessionelle und interethnische Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) bildet die andere Hälfte des Kurdischen Hohen Rates. In ihr vereinen sich mehrere Parteien und NGOs aus Westkurdistan. Das offizielle Gründungsdatum der TEV-DEM wird zwar auf Dezember 2011 datiert, aber sie verfügt über eine lange Vorgeschichte in Westkurdistan. Nach dem Entstehen der kurdischen Freiheitsbewegung in Nordkurdistan Mitte der 70er Jahre wurde Ende der 70er, als nahezu sämtliche kurdischen Parteien in Syrien marginalisiert waren, damit begonnen, die Bevölkerung in Westkurdistan zu organisieren. Auf politischer Ebene resultierte daraus die Gründung der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) im Jahre 2003, die heute von über 60 Prozent der Bevölkerung Westkurdistans Unterstützung erfährt.



Der Kurdische Hohe Rat während eines Treffens

Aufstand seit 2004

Die PYD betont, dass der Aufstand in Westkurdistan nicht erst im Frühjahr 2011 entfacht wurde. Vielmehr ist das Jahr 2004, als es in Qamişlo (Al-Qamishli) infolge von Ausschreitungen zwischen kurdischer und arabischer Bevölkerung nach einem Fußballspiel und der darauffolgenden Angriffe der syrischen Polizei auf die kurdische Bevölkerung zehn Tage lang zu einem Aufstand mit bis zu 30 Todesopfern und 160 Verletzten kam, als Startpunkt des westkurdischen Volksaufstands anzusetzen. Seitdem wird versucht, Strukturen einer Demokratischen Autonomie nach den Prinzipien des Demokratischen Konföderalismus, dem von Abdullah Öcalan entwickelte Projekt, zu schaffen. Unter dem Paradigma einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft organisiert sich seitdem die Bevölkerung in sogenannten Volksräten selbst.

Im Gegensatz zu den anderen kurdischen Parteien sprachen sich PYD und TEV-DEM von Anfang an gegen eine militärische Intervention von außen aus und bevorzugten den demokratischen Wandel innerhalb der bestehenden Grenzen Syriens. Als Lösungsmodell präsentiert sich die Demokratische Autonomie, die für sämtliche Volks- und Konfessionsgruppen die geeignetste Alternative darzustellen vermag.





In den verschiedenen Orten Westkurdistans strömten nach Bekanntwerdung der Gründung des Hohen Kurdischen Rates tausende Menschen auf die Straßen



Der dritte Weg führt zur Demokratie

Der Co-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit Salih Müslim im Interview mit Civaka Azad, 23.12.2012

Lange Zeit wurde in den türkischen und europäischen Medien das Gerücht verbreitet, dass ihre Partei mit dem Assad-Regime kollaboriere. Sie haben dies mehrfach in Interviews zurückgewiesen und erklärt, dass es keinerlei Zusammenarbeit zwischen den KurdInnen und dem Regime gibt. Hintergrund dieser Antipropaganda war sicherlich der Versuch die syrische Opposition gegen ihre Partei anzustacheln. Deshalb möchten wir mit der Frage beginnen, wie die Haltung der PYD zu anderen Oppositionellen in Syrien und der Revolution im Land insgesamt ist?

Die KurdInnen bilden einen bedeutsamen und wesentlichen Teil der Revolution in Syrien. Es gilt demokratische und freiheitliche Verhältnisse zu schaffen, welche die Unterdrückungs-, Kriminalisierungs- und Ausgrenzungspolitik des alten Regimes nicht mehr beinhalten. Da wir zu der Bevölkerungsgruppe gehören, die am meisten unter der Baath-Diktatur zu leiden hatte, forcieren wir ebenfalls am meisten ihren Sturz. Folglich befürworten wir einen möglich raschen und demokratischen Wandel in Syrien. Da dieser Wandel sich nicht von alleine bewerkstelligt, bedarf es an Arbeit, Organisierung und Errichtung von Strukturen.

Von Anbeginn der Aufstände war ein gemeinsames Auftreten sämtlicher KurdInnen in Syrien zu beobachten. Dabei unterstützen wir von Anfang an das Demokratiebestreben für Syrien. Zudem waren wir auch von Anfang an gegen eine äußere Intervention. Diese Positionierung stellt für uns den dritten Weg in diesem Konflikt dar. Wir haben es für uns als richtig erachtet im September 2011 bei der Gründung des Nationalen Koordinationskomitees für einen Demokratischen Wandel in Syrien (NCC) mitzuwirken. Innerhalb des NCC haben wir nämlich schnell bemerkt, dass auch andere Kräfte in Syrien dieselben Vorstellungen, die wir vertreten, teilen.

Die KurdInnen hatten bereits im Vorfeld einen gewissen Organisierungsgrad entwickelt. Dementsprechend groß ist auch die Mobilisierungskraft gewesen. In diesem Rahmen wurden in der Praxis, durch die Errichtung von den Volksräten, die ersten Fundamente für die Demokratische Autonomie gelegt.

Wir legten besonders viel Wert darauf, dass es zu keinen Auseinandersetzungen und Massaker, wie sie in den anderen Teilen Syriens zu sehen waren, in den kurdischen Gebieten kommt. Daher duldeten wir zunächst die Präsenz des Regimes in den kurdischen Gebieten. Denn im Falle eines militärischen Vorgehens der kurdischen Seite, hätte das Regime mit Bombardierungen der kurdischen Zivilbevölkerung geantwortet. In den rein kurdischen Gebieten, wie beispielsweise Afrin, Kobani, Derik und anderen Städten umzingelte das Volk dann im Juli 2012 sämtliche Regierungsposten und forderte die Angehörigen des Regimes sich aus der Städten zurückzuziehen.

Ohne Gewalt anzuwenden, wurde somit in den meisten Städten das Regime vertrieben. Seitdem wird die Verwaltung unsererseits betrieben. In solch einer kritischen Phase galt es selbstverständlicher Weise, neben der Organisierung der Bevölkerung, ebenfalls für ihren Schutz zu sorgen. Zwar wollen wir nicht mit in die Kämpfe einbezogen werden. Sollte es jedoch zu Angriffen kommen, verfügen wir über das Recht der Selbstverteidigung.

Um nochmals zurück auf die Frage nach der Beziehung zur Opposition kommen. Als die Proteste gegen die Unterdrückung des Baath Regimes in Dara begannen, war es das syrische Volk, das auf die Straße ging. Die Bevölkerung forderte Freiheit und Demokratie. Jedoch nahm der Aufstand einen anderen Verlauf. Es konnte keine einheitlich agierende Opposition gebildet werden, da die jeweiligen



Salih Muslim, kam 1951 in Kobani zur Welt und ist seit 2010 der Co-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Syrien. In den 70er Jahren studierte er Chemietechnik an der Technischen Universität Istanbul und schloss 1977 sein Studium ab. Nach jahrelangem politischem Engagement in verschiedenen kurdischen Strukturen war er 2003 bei der Gründung von PYD aktiv. Neben seiner Rolle als Co-Vorsitzender der PYD ist er auch Mitglied des Kurdischen Hohen Rats und stellvertretender Koordinator des Nationalen Koordinationskomitees für einen Demokratischen Wandel in Syrien.



Interessengruppen versuchten aus der Situation ihren politischen Profit zu schlagen. Exemplarisch dafür kann die Freie Syrische Armee FSA genannt werden. Etwa 200 Gruppierungen, zum Teil mit konträrsten Ausrichtungen operieren unter der Flagge der FSA. Zudem erklärte die FSA, dass der in Istanbul gegründete Syrische Nationalrat SNR, nicht repräsentativ für sie stehen würde. Im November wurde die Nationale Koalition der Syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte in Doha gegründet. Es gilt abzuwarten, was für eine Entwicklung sie nehmen wird.

Allgemein gilt es als schwer, von einer einheitlichen Opposition in Syrien sprechen zu können. Die Gründe dafür sind vor allem in den entstandenen Machtkämpfen zu suchen, die das Bestreben der Bevölkerung nach Schaffung demokratischer Verhältnisse in den Hintergrund gerückt haben.

Was sind die Gründe dafür, dass die KurdInnen nicht von Anfang an mit der Syrischen Opposition und dem Syrischen Nationalrat zusammengearbeitet haben? Und was für eine Opposition würden Sie sich wünschen?

Der Syrische Nationalrat, der von Anfang an offiziell von der Türkei unterstützt wurde und eine arabische Dominanz hatte, akzeptierte die Mitglieder des Kurdischen Hohen Rates nicht, die die Belange der kurdischen Bevölkerung vertreten.



Salih Müslim bei der EUTCC Konferenz Anfang Dezember 2012 im Europaparlament

Wir waren Ende Juni in Kairo und wollten bei dem großen Treffen der syrischen Opposition teilnehmen. Aber vor allem die Muslimbrüder die unter der Einfluss der Türkei und dessen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan waren, wollten uns nicht akzeptieren. Deswegen konnten wir diese Dominanz auch nicht akzeptieren. Wir bevorzugen demgegenüber eine breitflächige Opposition, in der sämtliche ethnischen und konfessionellen Bevölkerungsgruppen, wie die AraberInnen, KurdInnen, ArmenierInnen, AramäerInnen, TürkmenInnen, TscherkessInnen, SunnitInnen, AlawitInnen, und DrusInnen vertreten sind. Nur so kann eine demokratische Opposition garantiert werden.

Wie bewerten Sie die Lage in Westkurdistan?

Wir können sagen, dass unser System, das wir als Demokratische Autonomie bezeichnen, in Westkurdistan allgemeine Akzeptanz genießt. Wir versuchen mit diesem Modell eine autonome Lebensform und Organisierung jenseits bestehender staatlicher und wirtschaftlicher Strukturen zu etablieren, was selbstverständlich kein leichtes Unterfangen ist. Dementsprechend gibt es in manchen Gebieten auch einige Schwierigkeiten. Im Cezire Gebiet, also in Qamişlo, Serê Kaniyê und Tirbespî beispielsweise verfügen auch die anderen kurdischen Parteien über einen gewissen Einfluss. Es gibt unterschiedliche politische Ansichten und es herrscht ein Durcheinander. Wir versuchen mit der Bevölkerung zu sprechen und sie zu überzeugen. Aufgrund der Arbeit der anderen Parteien sind nationalistische Gedanken teilweise auch unter den KurdInnen in diesem Gebiet verbreitet, was uns die Arbeit erschwert.

In Afrîn und Kobanî haben wir einen Großteil unseres Konzepts umgesetzt. Es fehlen uns noch etwa zehn Prozent bis zur völligen Umsetzungen unseres Systems. Die Komitees und Räte sind organisiert. In den Dörfern haben wir angefangen Dorfkommunen aufzubauen, sind allerdings noch relativ am Anfang. Die Dorfbewohner kümmern sich um ihre Selbstverteidigung. Die Kommunen haben bereits auch ihre Produktion aufgenommen, es entstehen erste Kooperativen. Auch hier befinden wir uns erst am Anfang, der sich unter den gegebenen Bedingungen nicht einfach gestaltet.

Sie haben von der Gewährleistung der Sicherheit der kurdischen Städte gesprochen. Wie machen Sie das?

Wie gesagt, die Priorität des Kurdischen Hohen Rates und der PYD liegt zunächst in der Verteidigungsaufgabe. In Westkurdistan gibt es zwei Arten von Sicherheitskräften. Einmal die Asayish, welche die Aufgaben der Ordnungskräfte in den Städten und Dörfer übernommen hat, und zum anderen die YPG, die als bewaffnete Volksverteidigungseinheiten außerhalb der Städte agieren. Sie schützen die Bevölkerung bei einem Angriff von außen, wie z.B. zuletzt in Serê Kaniyê. Die Verteidigung eines jeden Dorfes wird mit geeinten Kräften vorangebracht.

Wie beurteilen Sie die Freie Syrische Armee? Es wurde berichtet, dass es zwischen den kurdischen bewaffneten Kräften und der Freie Syrische Armee zu Auseinandersetzungen gekommen ist. Stimmt das?

Wir standen von Anfang an auf der Seite einer friedlichen Revolution in Syrien. Aber andere Kräfte, allen voran die Türkei, haben die bewaffneten Auseinandersetzungen geschürt. Aktuell erleben wir in Syrien einen Machtkampf und keine Revolution. Uns geht es um die Revolution. Aber nach dem Verständnis der anderen, wird es solange Krieg geben, bis eine der beiden Seiten nicht mehr existiert. Dies entspricht nicht unseren Vorstellungen.



Die Freie Syrische Armee stellt keine Einheit dar. In ihr gibt es verschiedene Strömungen. Einige ihrer Verantwortlichen sitzen in der Türkei, andere in Katar oder Saudi-Arabien. Hinzu kommt, dass es verschiedenste Gruppen gibt, die behaupten, Teil der Freien Syrischen Armee zu sein. Auch wenn der Westen es oft so darstellt, als handle es sich bei der Freien Syrischen Armee um eine Einheit, ist dies in Wirklichkeit nicht der Fall. In Aleppo denken und handeln sie anders als beispielsweise in Homs. In Aleppo haben die Gruppen der Freien Syrischen Armee sogar untereinander Widersprüche. Das ist auch ein Beweis dafür, dass in Syrien viele unterschiedliche Mächte ihre Finger mit im Spiel haben.

Es gibt anscheinend auch Gruppen, die vom Geheimdienst aufgebaut worden sind. Verantwortliche der Freien Syrischen Armee berichteten mir, dass es sich beispielsweise bei der Al Nusra-Front, die für die Angriffe in Serê Kaniyê verantwortlich war, um eine Gruppe handele, die mit dem Syrischen Regime zu tun habe. Zunächst hieß es, sie würden zur Freien Syrischen Armee gehören. Aber Sprecher der FSA versicherten uns, dass diese Gruppe keinerlei Verbindungen zur Freien Syrischen Armee habe und ihre Mitglieder Verräter und Provokateure seien. Wir können zumindest aus dem Gesagten festhalten, dass die FSA keine Einheit darstellen. Von Zeit zu Zeit bekämpfen sie sich auch untereinander.

Bei dem Angriff von Serê Kaniyê kamen die bewaffneten Gruppen von der türkischen Seite der Grenze. Sind sie vom syrischen Geheimdienst aufgebaut worden? Wir wissen es auch nicht. Aber ich wiederhole mich, wir wissen, dass sie keine Einheit darstellen und sich untereinander durchaus widersprechen. Wir wissen aber auch, dass es Araberinnen und Araber gibt, die sich, genau wie wir, selbst schützen wollen. Wir akzeptieren diese als Freie Syrische Armee. Und mit ihnen haben wir uns verständigen können. Wenn wir in ihre Gebiete gehen wollen, fragen wir nach ihrem Einverständnis und genauso tun sie es, wenn sie in unser Gebiet kommen. Den Rest der Gruppen akzeptieren wir nicht als Freie Syrische Armee.

Könnten sie näheres über die Gefechte in Serê Kaniyê berichten? Was genau hat sich dort zugetragen?

Serê Kaniyê ist ein sensibles Gebiet. Hier leben AraberInnen, KurdInnen und andere Minderheiten. In anderen Städten haben wir die Regimekräfte vertrieben und die Kontrolle erlangt. In Serê Kaniyê haben wir dies nicht getan. Weil es hier auch zu einem arabisch-kurdischen Konflikt kommen könnte. Deswegen sind wir vorsichtig. Die kurdischen Stadtteile sind unter unserer Kontrolle, hier gewährleisten wir die Sicherheit. Die anderen Gruppen sind in den arabischen Stadtteilen ein- und ausgegangen. Sie haben sich nicht in unsere Angelegenheiten eingemischt und wir uns nicht in ihre. Die Türkei hat versucht, dies in Aleppo durcheinander zu bringen und ist daran gescheitert. In Afrîn haben sie das in einigen strategisch wichtigen Dörfern versucht. Aber auch dort sind sie gescheitert und haben sich zurückgezogen. Die Türkei plant derzeit, in Serê Kaniyê zu intervenieren und von dort aus in Richtung Osten vorzudringen. Sie wollen die YPG-Kräfte an der Grenze vernichten, die Kurden dadurch ihrer Verteidigungsmöglichkeiten berauben und die dort ansässige Bevölkerung nach Südkurdistan vertreiben. Das war der Plan und der erste Schritt hierzu sollte in Serê Kaniyê getan werden, denn es ist der westlichste Ort des genannten Gebietes.

Am 8. November drangen bewaffnete salafistische Gruppen von der Türkei in Serê Kaniyê ein und haben zunächst die Kräfte des Regimes, die Polizeistation und das Geheimdienstzentrum angegriffen. Dabei sind dutzende von Menschen ums Leben gekommen. Wir haben die salafistische Gruppen von Anfang an davor gewarnt, nicht in die kurdischen Teile der Stadt zu kommen. Die Gruppen wurden zunächst vom Staat aus der Luft angegriffen. Als dies später aufhörte, fühlten sich die Mitglieder der Gruppen wohl in einer Art Siegesrausch. Sie dachten sich wohl: „Der Staat hat uns nicht aufhalten können. Glauben die Kurden etwa, dass sie es schaffen können?" So haben sie angefangen, die KurdInnen zu provozieren. Am 19. November haben die salafistische Gruppen Abid Xelil den Volksratsvorsitzenden von Serê Kaniyê getötet. Dem waren bereits einige Versuche dieser Art vorausgegangen. So hatten sie beispielsweise versucht, in Dirbesiyê und Amûde einzudringen, wurden aber von den YPG-Kräften aufgehalten. Auch in Serê Kaniyê sind



Serê Kaniyê nach Luftangriffen des syrischen Regimes Anfang Dezember 2012




Die Zerstörung von Serê Kaniyê nach Gefechten und Luftangriffen, Dez. 2012

sie auf heftigen Widerstand der YPG gestoßen. Daraufhin mussten die Gruppen sich erstmals zurückziehen. Sie wollten sich mit uns verständigen und hofften auf eine Vereinbarung. Dafür hatten wir ihnen zwei Bedingungen gestellt: Zum Ersten sollten sie sich aus der Stadt zurückziehen und zum Zweiten sollte unter Beteiligung aller Volksgruppen der Stadt ein Volksrat gegründet werden, der die Leitung der Stadt übernehmen soll. Damit waren sie einverstanden. Als die salafistische Gruppen sich zurückziehen wollten, ließ dies die Türkei jedoch nicht zu und schloss ihre Grenzen. Deswegen mussten sie in den arabischen Stadtteilen bleiben. Der Staat hat sie daraufhin ein zweites Mal aus der Luft angegriffen und einige von ihnen sind umgekommen. Am 4. Dezember haben dieselben Gruppen dann einen erneuten Angriff auf unsere Kräfte gestartet. Es fing damit an, dass einer von ihnen auf ein YPG-Mitglied schoss und diesen dabei verletzte. Die YPG hat darauf reagiert und bei den Gefechten sind eine Vielzahl von ihnen getötet worden. Dann behaupteten sie, dass derjenige, der auf das Mitglied der YPG geschossen hatte, ein Provokateur aus der Türkei gewesen sei. Aber sie denken auch weiterhin, dass wir mit dem Regime zusammenarbeiten würden. Als sie von der Luft aus angegriffen wurden, dachten sie, wir würden sie zeitgleich vom Boden aus angreifen, was natürlich nicht der Fall gewesen ist. Sie begreifen immer noch nicht, dass wir selbstständig und autonom handeln.

Worauf ist die Aggressionspolitik der Türkei, die sich in die inneren Angelegenheiten Syriens einmischt, zu begründen? Bildet die PYD eine Bedrohung für die Türkei?

Die Syrien-Politik der Türkei basiert auf ihrer antikurdischen Haltung. Seit Anfang 2000 intensivierten sich die Beziehungen im Rahmen einer antikurdischen Allianz. So lud Erdogan, der Assad noch vor Ausbruch der Aufstände als seinen Bruder bezeichnete, Assad uns seine Familie zum gemeinsamen Urlaub in die Türkei. Mit dem Ausbruch der Aufstände änderte die Türkei sowohl ihre Haltung, als auch ihre Rhetorik bezüglich des Assad-Regimes. Von ihr aus sind bewaffnete Auseinandersetzungen ausgehend. Zur PYD äußert sie sich seit Beginn der Aufstände feindlich. Mit dem Vorwurf, wir seien ein Ableger der PKK, diffamiert die Türkei uns in ihrem Inland und auf internationaler Ebene. Obwohl offensichtlich ist, dass keinerlei organischer Verbindung zwischen der PKK und der PYD bestehen. Auch gibt es keine Mitglieder der PKK auf syrischem Territorium. Trotzdem respektieren wir die Bemühungen der PKK im Zuge ihres Freiheitskampfes.

Da wir nicht beabsichtigen irgendjemanden von Syrien aus anzugreifen, bilden wir folglich auch keine Bedrohung für die Türkei. Uns geht es lediglich um die Rechte der KurdInnen in Syrien. Die Aggressionspolitik der Türkei rührt aus ihrer eigenen Politik und Interessen. Dabei wünschen wir uns gute Beziehungen zu all unseren Nachbarn, auch zu der Türkei.

Die Presse vermeldete Verhandlungen zwischen den KurdInnen und der Nationalen Syrischen Koalition? Wie verliefen die Verhandlungen? Wie sieht der aktuelle Stand aus?

An der Gründung der Nationalen Koalition der Syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte im vergangenen November in Doha partizipierten keine kurdischen Gruppen. Diese Koalitionsgefüge ist nicht mit dem Syrischen Nationalrat, der in der Türkei gegründet wurde, gleichzusetzen. Nachdem die Syrische Nationale Koalition von zahlreichen Staaten als legitimer Vertreter Syriens anerkannt wurde, wurde bestrebt, ebenfalls die KurdInnen mit in das neugegründete Gefüge einzubeziehen. Dafür wurde zunächst der Kontakt zum Kurdischen Nationalrat Syriens (ENKS), welcher zugleich Mitglied im Kurdischen Hohen Rat ist, gesucht. Jedoch erklärten die kurdischen VertreterInnen, dass durch den ENKS nicht alle KurdInnen repräsentiert werden, und trafen sich deshalb mit insgesamt sieben VertreterInnen des Kurdischen Hohen Rates mit der Syrischen Nationalen Koalition.

Unserer Meinung nach sind die ersten Gespräche positiv verlaufen und auch wenn nicht alle unsere Forderungen zu 100 Prozent erfüllt worden sind, wurden uns Versprechen erteilt. Darin heißt es, dass der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Koalition von den KurdInnen gestellt wird und die Rechte der KurdInnen in der Verfassung gesichert werden. Zudem wird sowohl die kurdische Identität, als auch die Kultur offiziell anerkannt. Schulbildung wird in kurdischer Sprache erteilt.

Über den Status der KurdInnen im künftigen Syrien wurde debattiert, ob er in Form einer Föderation oder der Demokratischen Autonomie sein soll. Meiner Vermutung nach wird der Demokratischen Autonomie zugestimmt werden. Die diesbezüglichen Details werden später noch konkretisiert werden. Der Name der



Arabischen Republik Syrien soll ebenfalls geändert werden. Der neue Name soll Syrische Republik lauten. Die Volksverteidigungseinheiten (YPG) stellt zurzeit die Verteidigungskraft sämtlicher KurdInnen dar. Dies hat jeder so zu wissen und zu akzeptieren. Wenn die Verhandlungen positiv laufen wird die YPG sich nicht der Freien Syrischen Armee (FSA) unterordnen, jedoch in Koordination mit ihr zusammen agieren.

Jedoch ist hier anzufügen, dass wir uns inmitten einer Chaosphase befinden. Daher stützen sich die bisher erzielten Vereinbarungen nur auf bloße Versprechungen. Demnach sind sie nicht offiziell als bindend zu bewerten. Für die Errichtung des neuen Syriens bedarf es einer Übergangsphase in der eine Übergangsregierung gegründet wird. Nach dieser Übergangsphase wird es zu einem Regierungswechsel kommen. Verfassungskommissionen müssen gegründet werden, in denen die KurdInnen und die Koalition diese Punkte erneut debattieren werden. Über die Bestimmung des stellvertretenden Koalitionsvorsitzenden werden sowohl wir KurdInnen unter uns, als auch gemeinsam mit den Koalitionsvertretern beraten.

Welche Pläne haben Sie für Syriens Zukunft?

Als PYD repräsentieren wir bis zu 60 Prozent der mehr als drei Millionen syrischen Kurden. Und wir möchten in Zukunft ein einheitliches, demokratisches und pluralistisches Syrien, in dem alle Nationen wie z.B. Kurden, Araber, Armenier, Aramäern, Tscherkessen, Turkmenen und alle andere ethnische und religiöse Minderheiten gemeinsam in Freiheit und Frieden leben – ohne das Baath Regime. Bei einem dezentralen und demokratischen Syrien sollen Kurden und die andere Minderheiten Anspruch auf politische Rechte, ökonomische Rechte, Selbstverteidigungsrechte gewährleistet werden.

Dennoch sollten die Beziehungen zwischen den sich autonom organisierten Minderheiten, die sich selbst verwalten und der Zentralregierung verfassungsrechtlich formuliert und verankert werden. Dieses Lösungsmodell wird eine Bereicherung für das politische und soziale Zusammenleben der Völker sein. Im Konkreten kann zusammengefasst werden, dass in diesem Modell sich der Staat nicht in der Sphären der Politik, Kultur, Sprache, Ökonomie und Ökologie einmischen wird. Ein demokratisches Rätemodell, das nach basisdemokratischem Vorbild errichtet wird, kann als Modell für das gesamte Syrien verstanden werden. Somit würde ein ideales gemeinsames System der verschieden Bevölkerungsgruppen und religiösen Gruppierungen in der Region ermöglicht werden, ohne dass Ausgrenzungen oder Unterdrückung bestehend sind. Dieses Modell könnte sich dann von da aus im gesamten Nahen und Mittleren Osten ausdehnen.

Forderungen Aus dem Parteiprogramm der PYD:

- **Lösung der kurdischen Frage in Syrien auf Basis der Demokratisierung und des Rechts auf Selbstbestimmung**
- **Offizielle Anerkennung der nationalen Existenz der Kurden in der syrischen Verfassung**
- **Garantie der Rückgabe der syrischen Staatsbürgerschaft an alle Personen, die ihrer seit der 1961er-Volkszählung beraubt wurden, und der Rückgabe enteigneter Ländereien an die ursprünglichen Besitzer**
- **Garantie der Freiheit für politische Parteien, der Meinungs- und Pressefreiheit**
- **Freilassung aller politischen Gefangenen und Entschädigung für erfahrenes Leid**
- **Ermöglichung des Erlernens der kurdischen Sprache in Schulen für kurdische Kinder**
- **Organisierung der Bevölkerung in Westkurdistan auf der Basis einer demokratischen Konföderation**
- **Stärkung der Geschwisterlichkeit der Bevölkerung und ethnischer Gruppen im Rahmen einer freiheitlichen Einheit in Syrien**
- **Unterstützung des demokratischen Befreiungskampfes in allen Teilen Kurdistans**
- **Lösung der Frage nach nationaler Einheit nach dem Prinzip einer demokratischen Konföderation, ohne Verletzung der politischen Grenzen**
- **Schaffung einer ökologischen, demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft und Hinarbeiten auf eine demokratische Mittelostkonföderation**

Aus der Erklärung des im Dezember 2011 gegründeten und über 300 Delegierte umfassenden interkonfessionellen und interethnischen Volksrats in Westkurdistan, in dem die PYD vertreten ist, gehen die Bestrebungen hervor, ein Nationalkonzept zu entwickeln, das auf demokratischen Prinzipen für eine pluralistische und vielfältige Gesellschaft in Syrien fußt, außerdem eine Intervention aus dem Ausland auszuschließen, „Gewalt und Sektierertum“ zu vermeiden und einen drohenden Bürgerkrieg abzuwenden versucht.

Selbstverwaltung jenseits vom Staat

Wichtige Beschlüsse zum Aufbau der Demokratischen Autonomie

In Westkurdistan wurden zum Ende des letzten Jahres wichtige Beschlüsse gefasst, die für die Zukunft des Projekts der Demokratischen Autonomie von wichtiger Bedeutung sein dürften. Der Ständige Volksrat Westkurdistans tagte am 28. und 29. Dezember in Amudê und verabschiedete an diesen zwei Tagen eine Vielzahl von bedeutenden Gesetzen. Das Gremium des Ständigen Volksrates besteht aus 63 Mitgliedern, die im Oktober 2011 gewählt wurden, und bildet eine Art Dachorganisation aller bestehenden Volksräte in Westkurdistan und in Teilen Syriens. Der Zusammenschluss aller Volksräte und zivilgesellschaftlicher Organisationen Westkurditans bildet wirderrum die TEV-DEM. Bisher wurden in insgesamt zehn westkurdischen Städten (Dêrik, Girkê Legê, Tirbespiyê, Qamişlo, Amudê, Dirbêsiyê, Serê Kaniyê, Tiltemir, Kobanê, Efrîn) Volksräte gegründet. Hinzu kommen drei Volksräte in zumeist kurdischen Stadtteilen Syriens (Aleppo, Rakka und Hesekê). Zu diesen Stadträten kommen noch die Volkshäuser (Mala Gel) in fast allen Stadtteil, die unter anderem als öffentliche Anlaufstelle für die Bevölkerung fungieren, und eine Vielzahl von Stadtteilräten, die sich um die Probleme und die Verwaltung ihrer eigenen Stadtteile kümmern. Als ein wichtiges Ziel ihrer Arbeit formulierte der Ständige Volksrat den Aufbau weiterer Volksräte und die Intensivierung der Arbeit in den bestehenden Volksratsstrukturen.

Pläne zur Besetzung Westkurdistans vereitelt

Ihren Abschlussbericht begann der Ständige Volksrat mit einer politischen Analyse der gegenwärtigen Situation Westkurdistans. Darin heißt es unter anderem, dass die Pläne für eine Besetzung Westkurdistans durch islamistische Gruppen, die vor allem von der türkischen Regierung vorangetrieben wurden, durch die erfolgreiche Verteidigung von Serê Kaniyê ins Leere gelaufen seien. Die Grenzstadt Serê Kaniyê sollte für eine Vielzahl salafistischer Gruppen als Einfallstor nach Westkurdistan und Syrien dienen. Militärisch ausgerüstet durch die Türkei sind diese Gruppen über die türkische Grenze nach Serê Kaniyê eingeschleust worden und haben, nachdem sie die Regimetruppen in den arabischen Teilen der Stadt erfolgreich vertrieben haben, zum Angriff gegen die kurdischen Stadtteile angesetzt. Jedoch scheiterten sie an dem Widerstand der kurdischen Volksverteidigungeinheiten (YPG). Insgesamt bewertete der Ständige Volksrat die steigende Präsenz salafistischer Gruppen in Syrien als gefährlich. Dies trage dazu bei, dass der revolutionäre Prozess in Syrien sich deutlich von den eigentlichen Zielen entferne. Trotz dessen werde die kurdische Seite mit aller Kraft an ihrem Konzept, den sie als friedlichen dritten Weg bezeichnen, weiterhin festhalten.

Bildungsarbeiten als Schlüssel zur Demokratischen Autonomie

In ihrem Abschlussbericht unterstreicht der Ständige Volksrat die Wichtigkeit der Bildungsarbeiten für den Aufbau der Demokratischen Autonomie. Demnach seien in vielen Städten Akademien errichtet worden, deren primäres Ziel es ist, den Aufbau und die Ziele der Demokratischen Autonomie der breiten Bevölkerung verständlich zu machen. In Seminaren und Diskussionsveranstaltungen wird mit der Bevölkerung erarbeitet, wie sie durch ihre Selbstorganisierung und ihre eigenen Verwaltungsstrukturen die Fragen und Probleme des Alltags selbst angehen können.

Ein weiterer Kernpunkt der Bildungsarbeiten bleibt der Aufbau eines kurdischsprachigen Schulsystems in Westkurdistan. Bisher seien in dem Gebiet annähernd 100 Schulen errichtet worden. Im Bericht heißt es weiter, dass das neugegründete Kurdische Sprachinstitut (SZK) rund 1000 LehrerInnen ausgebildet hat, die in kurdischer Sprache unterrichten können. Allerdings decke diese Zahl bei weitem nicht den Bedarf



Rund 100 kurdischsprachige Schulen wurden bereits in Westkurdistan eröffnet



an kurdischsprachigen LehrerInnen, sodass die Arbeit in diesem Bereich mit hohem Tempo fortgeführt werden müsse.

Frauenselbstorganisierung

Den Frauen in Westkurdistan kommt eine Vorreiterrolle beim Aufbau der Demokratischen Autonomie zu. Organisiert unter dem Dach „Yekitiya Star“, haben die Frauen in vielen Städten selbstständige Frauenräte gegründet, in denen die Frauen autonom über die Fragen ihres sozialen und alltäglichen Lebens bestimmen.

Im Ständigen Volksrat machten die Frauen deutlich, dass die Freiheit der Gesellschaft Westkurdistans über die Freiheit der Frau führt und setzten wichtige Entscheidungen durch, die tiefgreifende Veränderungen für überkommene patriarchale Gesellschaftsstrukturen bedeuten. So wird fortan das Verheiraten von minderjährigen Mädchen genauso verboten, wie das Verheiraten gegen den Willen der Frauen. Den Männern wird verboten mehrere Frauen zu heiraten und auch das Brautgeld fällt fortan unter die Verbote. Der Erbanteil von Frauen wird fortan gleichgesetzt mit dem der Männer. Und den Frauen wird das Recht zugestanden, in allen sozialen Lebensbereichen gleichberechtigt zu partizipieren. Es lohnt sich, die Rolle der Frauen bei der Revolution in Westkurdistan nochmals genauer anzuschauen. Das wollen wir im letzten Text dieser Ausgabe der Infoblätter tun.

Schwierigkeiten bei Lebensmittel- und Medikamentenversorgung

Um die Probleme des Alltags besser zu lösen beschloss der Ständige Volksrat zudem, dass verschiedene Komitees gegründet werden sollen, die sich mit den spezifischen gesellschaftlichen Fragen befassen sollen. So hat der Volksrat jeder Stadt jeweils ein Komitee für Sozialleistungen und ein Komitee für ökonomische Fragen zu gründen. Diesen Komitees soll die schwierige Aufgabe zukommen, trotz des wirtschaftlichen Embargos die Lebensmittel- und Medikamentenversorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und erhaltene Spendenzuwendungen unter der Bevölkerung zu verteilen. Da von der syrischen Zentralregierung und dem nördlichen Nachbar Türkei ohnehin mit keiner wirtschaftlichen Unterstützung zu rechnen ist und auch der östliche Nachbar, die Autonome Region Südkurdistans, gegenwärtig ihre Grenzen schließt, ist die wirtschaftliche Lage der westkurdischen Bevölkerung aktuell prekär und auf Spenden aus dem Ausland angewiesen. Zu diesem Zweck hat der der kurdische Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurdistan) seine Arbeiten aufgenommen.

Die Revolution der Völker in Westkurdistan

Seit mehreren tausend Jahren leben AramäerInnen, ArmenierInnen, ChaldäerInnen und KurdInnen gemeinsam im Gebiet um das Zweistromland. Vor einem Jahr wurde in der westkurdischen Stadt Derik die Vereinigung der christlichen Minderheiten gegründet. Diese partizipieren neben dem kurdischen Volk aktiv an der Errichtung der Demokratischen Autonomie in Westkurdistan. So bewertete der Vorsitzende der Vereinigung der christlichen Minderheiten Cemil Abdulehed die Revolution in Westkurdistan als „Revolution der Völker“. „Es handelt sich um ein Gesellschaftsmodell der Völker. Da es sich um ein System handelt, in dem jeder mit seiner eigenen Sprache, Kultur, Glauben und Farben Platz finden kann, sehen auch wir uns als ein Teil des Systems.“, so Abdulehed.

Ein Jahr nach Beginn des Bürgerkrieges in Syrien wurde die Vereinigung christlicher Minderheiten gegründet. Dem folgte der Aufbau eines Verteidigungskomitees, da es sich laut Abdulehed „bei der Verteidigung um ein Hauptproblem in der aktuellen Phase handelt“. Derzeit wird seitens des Verteidigungskomitees für den Schutz der christlichen Bevölkerung in den von ihnen bewohnten Stadteilen und Bezirken gesorgt. In anderweitigen Angelegenheiten informiert das Verteidigungskomitee die Sicherheitskräfte der Asayish, welche die innere Sicherheit im gesamten Westkurdistan gewährleisten. Dabei wird versucht die entstehenden Probleme gemeinsam zu lösen, so Abdulehed, der auf die tausende Jahre währende historische Beziehung der Völker in der Region hinweist.



Cemil Abdulehed ist Vorsitzender der Vereinigung christlicher Minderheiten

Die Frauen als treibende Kraft der Revolution

Im Kampf gegen patriarchale Strukturen und für die Selbstverwaltung der Gesellschaft

In dem Bewusstsein, dass es ohne die Befreiung der Frau keine Befreiung der Gesellschaft geben kann, und gesellschaftliche Umwälzungen nicht zwangsläufig mehr Frauenrechte mit sich bringen, haben die kurdischen Frauen beschlossen, sich eigenständig zu organisieren: Gegen das syrische Regime, das ihre kurdische Identität unterdrückt, und gegen die patriarchalen Strukturen der kurdischen Gesellschaft. Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit der schwach ausgeprägten Frauenbewegung in Syrien sowie in der gesamten Region ist von besonderer Bedeutung. Trotz der ideologischen Differenzen betrachten die kurdischen Frauen die Solidarität mit den anderen Frauenorganisationen für die Zukunft der Frauenbewegung als unentbehrlich.



Die Frauen in Westkurdistan sind in autonomen Frauenräten organisiert

Frauenorganisation Yekitîya Star

Bereits 2005 wurde die Frauenorganisation „Rojavayê Kurdistanê Yekitîya Star“ (Westkurdischer Verband Star) gegründet. Ihre Aktivistinnen waren massiven Repressionen wie Verhaftung und Folter durch das Baath-Regime ausgesetzt. Trotz schwerster Bedingungen haben sie mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen für die aktuellen Fortschritte geschaffen, wobei sie auf die 30-jährige Erfahrung der in der kurdischen Freiheitsbewegung organisierten Frauen zurückgreifen konnten.

Ziel von Yekitîya Star ist das friedliche Zusammenleben aller Ethnien und Religionsgruppen in einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft. Als ihre Hauptaufgabe betrachten die Mitglieder von Yekitîya Star die Organisierung von Frauen aus allen Teilen der Gesellschaft in allen Lebensbereichen. Alle Frauen, die sich in Westkurdistan in sozialen, politischen oder militärischen Bereichen engagieren, sind stets auch Mitglieder der Yekitiya Star. Sie haben einen großen Beitrag für die Einheit der KurdInnen geleistet und auch gemeinsame Plattformen mit arabischen, assyrischen und yezidischen Frauen und Kontakte zu anderen Frauenorganisationen aufgebaut.

Fraueneinrichtungen

In den befreiten Städten Westkurdistan wurden Frauenkomitees, Frauenzentren und eigene Bildungseinrichtungen („Navenda Zanist û Perwerdeyê Jinê“) ins Leben gerufen, um eine aktive Beteiligung von Frauen an der Umgestaltung der Gesellschaft zu ermöglichen. Konkret fungieren diese Einrichtungen als Anlaufstelle für Frauen, die sich dort über ihre familiären und sozialen Probleme austauschen und gemeinsame Lösungsansätze entwickeln können. Die wöchentlichen Bildungsangebote reichen von Themen wie Demokratische Autonomie, Selbstverteidigung, Kultur, Ökologie, die Geschichte der Frau, Sexismus, die Rechte der Frau, bis hin zu gesundheitlichen Themen wie Verhütung oder Schwangerschaft. Frauen haben auch bei der Eröffnung von kurdischsprachigen Schulen eine führende Rolle gespielt.

An vielen Orten wurden Frauenhäuser eröffnet, um Frauen beraten, aber auch konkret unterstützen zu können, beispielsweise durch den Schutz vor familiärer Gewalt oder sogenannten „Ehrenmorden“. Dutzende von Frauen konnten so bereits vor dem Tod bewahrt werden.

Frauenräte

Die Frauenräte sind das verbindende und beschlussfassende Gremium aller Frauen. In allen Städten Westkurdistans und in den syrischen Städten, in denen viele KurdInnen leben, wurden Frauenräte mit 150 bis 250 Mitgliedern gewählt, um die politischen Interessen von Frauen zu vertreten und den Aufbau einer demokratisch-ökologischen, geschlechterbefreiten Gesellschaft voranzutreiben.



Zusammenarbeit mit anderen Selbstverwaltungsstrukturen

Ein Frauenrat entsendet Vertreterinnen in den allgemeinen Volksrat, um dort seine Ideen, Wünsche und Forderungen einzubringen. Die Aktivistinnen von Yekitîya Star haben durchgesetzt, dass es sowohl in der größten westkurdischen Partei, der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), als auch in anderen gemischtgeschlechtlichen Strukturen auf allen Ebenen eine Doppelspitze, bestehend aus einer Frau und einem Mann, gibt. In allen gemischten Strukturen, wie beispielsweise den Volksräten, gibt es eine Geschlechterquote von 40 Prozent, das heißt, sowohl Frauen als auch Männer müssen zu mindestens 40 Prozent vertreten sein. Auch wenn diese Quote noch nicht überall erreicht werden konnte - im Kurdischen Hohen Rat sind von zehn Mitgliedern nur zwei Frauen - hat das gestärkte Selbstbewusstsein der Frauen bereits jetzt Auswirkungen auf deren Alltag und auf das gesellschaftliche Bewusstsein.

Frauen beteiligen sich auch an der militärischen Selbstverteidigung der Bevölkerung im Rahmen der YPG (Yekinîyên Parestina Gel, Volksverteidigungs).

Errungenschaften der westkurdischen Frauenbewegung

Neben dem gestärkten Selbstbewusstsein der Frauen, ihrer führenden Rolle beim Aufbau der Demokratischen Autonomie, kann die Frauenbewegung aber auch andere Erfolge vorweisen, die den Verlauf und die Zukunft der Revolution entscheidend beeinflussen werden.

So wurden u.a. folgende von Yekitîya Star auf einer der letzten Konferenzen des Volksrates in Westkurdistan eingebrachten Beschlüsse durch die Vollversammlung angenommen:

- Frauenarbeit [im Sinne der Arbeit für die Organisierung und Selbstbestimmung von Frauen] ist nicht nur eine Angelegenheit von Frauen, sondern auch der Männer. Sie können die Frauenarbeit beispielsweise unterstützen, indem sie sich mit ihrer Rolle auseinandersetzen und ihre patriarchalen Denk- und Verhaltensweisen überwinden.
- Morde »im Namen der Ehre« werden als Verbrechen gegen Frauen und die Gesellschaft verurteilt und bestraft.
- Patriarchale Praktiken wie die Verheiratung in jungem Alter, arrangierte Ehen bei der Geburt (Berdel), Zwangsverheiratung usw. werden nicht akzeptiert und sie werden geächtet.
- Verheiratete Männer, die eine weitere Frau heiraten, werden aus allen Organisationen und Gremien ausgeschlossen.

Dass diese Beschlüsse auf der Generalversammlung des Volkskongresses angenommen und verabschiedet wurden, ist ein großer Erfolg. Im Gegensatz zu den Ländern des sogenannten „arabischen Frühlings", in denen der Einfluss der Frauen wieder zurückgedrängt wurde und ein Erstarken des politischen Islams zur Einführung frauenfeindlicher Gesetze führte, zeigt sich hier, dass die Forderungen der Frauen gesellschaftlich akzeptiert sind und die Selbstbestimmung, Teilnahme und Vertretung von Frauen im Prozess des gesellschaftlichen Neuaufbaus in Westkurdistan garantiert werden sollen.

„Als in Westkurdistan die Bevölkerung die Kontrolle an sich gerissen hat, waren eine Kreise in der Öffentlichkeit überrascht darüber, dass die Frauen so an vorderster Front in diesem Prozess mitwirken. Die Rolle der Frau ist ihrem jahrelangen Kampf und ihrer Organisierung zu verdanken. Die kurdische Frau bricht mit einer Vielzahl an festgefahrener und überholter Strukturen in der Gesellschaft. Durch sie wird die Entwicklung der Gesellschaft vorangetrieben. Die Entwicklungen in der Region werden oftmals als ‚Frühling der Völker' bezeichnet. Uns geht es darum, dass dies auch zum ‚Frühling der Frauen' wird."

Diese bedeutenden Worte stammen von Ilham Ahmed. Die 39 jährige Ahmed stammt aus der westkurdischen Stadt Afrin. Heute steht sie symbolisch für das Selbstbewusstsein der Frauen in der gesamten Region. Sie ist kurdische Politikerin, Mitglied des Kurdischen Hohen Rates und vertritt dort die Frauen und den Volksrat.

Impressum

Civaka Azad -Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Bornheimer Landstraße 48, 60316 Frankfurt a.M.
E-Mail: info[at]civaka-azad.org, http://civaka-azad.org/
Telefon: 069/84772084, Mobil: 01573/8485818